

einer menschenfreundlichen Kirche für eine menschenfreundliche Gesellschaft gelegen sein. Dazu gehört selbstverständlich auch eine stärkere ökumenische Ausrichtung.

HK: Welche Rolle spielt dabei für die Reformgruppen die Forderung nach einem erneuten synodalen Vorgang aller Diözesen in Deutschland?

Kerstiens: Die Zeit für eine wirkliche Synode, die Reformen beschließt und durchsetzen kann, ist noch nicht gekommen. Sie hat nicht die rechtlichen Möglichkeiten, die sie bräuchte. Die Entscheidungskompetenz ist so eingeschränkt, daß ich mir davon im Moment nichts verspreche. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt verspreche ich mir davon eher eine größere Frustration. Auch in vielen der Pastoralgespräche und Diözesanforen hat es sich gezeigt, daß man zwar vieles bereden kann, aber ohne Folgen. Die entscheidenden Beschlüsse werden nur als Voten verstanden an den Bischof oder an den Papst. Was damit dann geschieht, das liegt – wie wir seit der Würzburger Synode wissen – außerhalb der Kompetenz der Synode.

HK: Wenn aber die diözesanen synodalen Vorgänge die in sie gesteckten Hoffnungen zumeist nicht erfüllen und eine gemeinsame Synode nicht in Sicht ist – womit machen Sie den Mitgliedern von Reformgruppen Hoffnung?

Kerstiens: Ich verspreche mir heute mehr davon, daß die Praxis in den Gemeinden sich ändert. Da besteht viel Änderungsbedarf, es gibt aber auch viele Änderungsmöglichkeiten. Viele Christinnen und Christen sollten als einzelne und in ihren Gruppen das tun, was sie von der ganzen Kirche wünschen. Im Anschluß an das Kirchenvolksbegehren fragen sich Gruppen in den Gemeinden: Wie sieht es in unserer Pfarrgemeinde aus mit der geschwisterlichen Kirche? Mit der Stellung der Frauen in der Kirche? Welche Praxis besteht in unserer Pfarrgemeinde mit den wiederverheirateten Geschiedenen? Das ist der Ansatzpunkt vieler Gruppen. Da kann man vieles ändern. Die Ermutigung zu einer selbst verantworteten neuen kirchlichen Praxis in den Gemeinden im Sinne der Menschenfreundlichkeit Jesu ist für mich momentan der richtige Weg. Daraus wächst dann auch die Veränderung der Strukturen.

Altes und Neues verbinden

Wo kirchliches Familienengagement heute ansetzen muß

Unsere Gesellschaft ist von „struktureller Rücksichtslosigkeit“ (Franz-Xaver Kaufmann) gegenüber der Familie geprägt. Familienpolitik kann die gesellschaftlichen Defizite für die Familien nur begrenzt ausgleichen. Die Kirche hat sich seit dem letzten Jahrhundert intensiv der Familie angenommen und dabei auf den Wandel der Lebensverhältnisse reagiert. Heute ist sie gefordert, sowohl ihre jahrhundertlange Erfahrung wie innovative Gestaltungsvorschläge in die gesellschaftliche Diskussion einzubringen.

Wie kaum ein anderes Thema ist in den letzten Jahrzehnten die Familie in den Mittelpunkt der lehramtlichen Verkündigung der Kirche gerückt. Das Apostolische Schreiben „Familiaris Consortio“ von 1981 (vgl. HK, Februar 1982, 57 ff.) und der Brief des Papstes an die Familien zum UNO-Jahr der Familie 1994 sind nur die herausragenden Dokumente der laufenden kirchlichen Verlautbarungen auf allen Ebenen dazu. Das 1973 von Paul VI. eingerichtete „Komitee der Familie“ wurde 1980 zum „Päpstlichen Rat für die Familie“ erweitert und – ebenso wie neugegründete theologische Familieninstitute – schwerpunktmäßig mit pastoralen Aufgaben betraut.

Neben einer quantitativen ist dabei auch die qualitative Steigerung der Aussagen bemerkenswert: So bezeichnet Johannes Paul II. die Familie als „Kirche im kleinen (Ecclesiola domestica – Hauskirche)“ (FC 49) bzw. als „kleine Kirche (ecclesiola)“, die in und mit der Gesamtkirche dazu berufen sei, „Zeichen der Einheit für die Welt zu sein und so ihr prophetisches Amt auszuüben, indem sie Christi Herrschaft und

Frieden bezeugt, woraufhin die ganze Welt unterwegs ist“ (FC 48). Seinen Brief von 1994 stellt der Papst gar unter das Thema „Die Familie als Weg der Kirche“.

Kirchliche Wiederentdeckung der Familie im 19. Jahrhundert

Diese Hinwendung zur Familie ist nicht ohne Kritik in Theologie und Religionssoziologie geblieben. So hat etwa die exegetische Forschung darauf hingewiesen, daß die Basileia-Botschaft Jesu auf dem Hintergrund der „familiaristischen“ Gesellschaftsordnung der antiken Gesellschaft eher einen familienkritischen Impuls trägt. Von Texten wie Mt 10, 34–36 her wird man sicher von einer „eschatologischen Depotenzierung“ der natürlichen Lebensordnungen in der Verkündigung Jesu sprechen können. Familiäre Bande werden zudem durch die Verbundenheit der gläubig Gewordenen überboten bzw. negiert (Mt 12, 46–50; Lk 11, 27–28). Diese Wert-

ordnung gilt ausdrücklich auch dort, wo aus dem Familienverhältnis sittliche Verpflichtungen abgeleitet und dem radikalen Anspruch Jesu entgegengehalten werden (Mt 8, 21).

Dieser familienkritische Impuls setzt sich in der frühen Kirche fort. So war es üblich, einzelne Familienmitglieder wie Frauen von nichtgläubigen Männern (1 Kor 7, 13; 1 Petr 3, 1) gegebenenfalls sogar gegen den Willen des „pater familias“ in die Gemeinde aufzunehmen – „eine Praxis, die Christen, Juden und andere private Organisationen, ..., verdächtig erscheinen ließ, weil sie den Anschein erweckten, die patriarchalische Ordnung der Familie und daher den Staat zu unterminieren“ (Carolyn Osiek, Das Neue Testament und die Familie, in: Concilium 1995, 291). In der Tat drückt sich in dieser Praxis jene individualisierende Tendenz christlicher Heilsbotschaft aus, die den Adressaten zunächst *als einzelnen* anspricht. Sie/ Er entscheidet unvertretbar – im Grenzfall gegen die familiäre Primärgruppe – über das eschatologische Heil und findet sich so in einer entscheidenden Beziehung aus dem „natürlichen“ Verband herausgelöst.

Manche Wissenschaftler sehen daher den christlichen Personalismus selbst als entscheidenden Motor jener jahrhundertelangen geistesgeschichtlichen Individualisierungsprozesse, deren Auswüchse heute in den Kirchen mitunter beklagt werden. Dabei darf allerdings nicht übersehen werden, daß das Christentum von Anfang an auch den konstitutiven Bezug auf die Gemeinde bzw. (Orts-)Kirche kennt, der zugleich für die Nichtbeliebigkeit des Glaubens und die unhintergehbare *Gemeinschaftsbezogenheit* christlicher Lebenspraxis steht.

Die angedeutete historische Kritik aktueller kirchlicher Familienverkündigung findet sich aufgenommen und verschärft bei dem Bielefelder Religionssoziologen *Hartmann Tyrell*. Er zeigt, daß Familie in kultischer Hinsicht auch im „katholischen“ Mittelalter keine besondere Rolle gespielt hat: So wandern etwa die Familiengräber als zentrales Kulturelement aus dem häuslichen Bereich an die Dorfkirche heran. Entgegengesetzte Impulse gingen allerdings von Reformation und Pietismus aus, die den zölibatären Kleriker in mancher Beziehung durch den Vater als „Hausbischof“ ersetzen.

Die Wiederentdeckung der Familie als „res sacra“ in der *katholischen* Tradition datiert Tyrell erst auf das 19. Jahrhundert. Im Anschluß an Max Weber deutet er diese „katholische Familienrenaissance“ dabei wissenssoziologisch als Herrschaftsstabilisierungsstrategie des Klerus. Dieser habe durch die Auflösung der tradierten Feudalstrukturen den ethisch-normierenden Zugriff auf die Gesellschaft verloren. Erst in diesem Zusammenhang sei es zur Bildung des katholischen Milieus und im Zuge davon zur Wiederentdeckung der Familie als strukturkonservativer Disziplinierungsinstanz gekommen.

Wie ist eine solche Kritik zu beurteilen? Tyrells Diskontinuitätsargument vermag nur ein Kirchenverständnis in Frage zu stellen, das von einer geschichtslosen Uniformität kirchlicher Verkündigung durch die Jahrhunderte hindurch

ausgeht. Dies ist aber nicht das Verständnis des Zweiten Vatikanums, insbesondere jener Pastoralkonstitution, deren 30. Jubiläum wir in diesen Monaten gefeiert haben.

Gerade die wechselvolle Geschichte der Familienpastoral zeigt vielmehr, daß der wesentliche Inhalt kirchlicher Verkündigung immer nur vom Bezug auf den historischen Kontext und die Lebenssituation der Menschen darin angemessen zu bestimmen ist. In der familiaristischen Gesellschaftsordnung der Antike, in der die juristische Allgewalt des pater familias zeitweise sogar das straflose Töten von Sklaven und Familienangehörigen legitimierte, bringt sich der Grundimpuls christlicher Anthropologie tendenziell (wenngleich nicht ausschließlich) als Betonung der unverletzlichen Personwürde des einzelnen zur Geltung. Auf dem Weg zur industrialisierten Marktgesellschaft haben sich aber die Lebensbedingungen der Menschen elementar gewandelt. An die Stelle selbstverständlicher Integration in die homogene Gemeinschaft von Dorf/Kleinstadt und Gemeinde ist hier die Erfahrung elementaren Ausgeliefertseins an die anonymen Mächte von Arbeits- und Wohnungsmarkt in den explosionsartig wachsenden neuen Großstädten getreten.

Ausweitung auf gesellschaftspolitische Strukturfragen

Die Wiederentdeckung der Familie durch die kirchliche Verkündigung des 19. Jahrhunderts ist – ebenso wie die Konstitution des katholischen Vereinswesens in dieser Zeit – nur auf dem Hintergrund dieser elementaren Umbrüche der Lebenssituation im Zuge der Industrialisierung zu verstehen: Sie ist – als eine „pastorale Innovation“ der Kirche – die Antwort auf die Verunsicherung der Menschen. Es ist ein Indiz in diese Richtung, wenn Tyrell als Kronzeugen für die Familienrenaissance immer wieder gerade *Adolf Kolping* benennt. Die „Integration“ des einzelnen in eine Gemeinschaft, die ihn trägt, moralisch orientiert und ihm die Unwägbarkeiten des modernen Lebens zu meistern hilft, war durch die gesellschaftlichen Umbrüche zum Problem geworden. In dieser Situation wuchs der (Kern-)Familie neue Bedeutung zu. Das Ende der Selbstverständlichkeit hochintegrierter vormoderner Ordnungen ließ familiales Zusammenleben zum potentiellen Gegenstand aktiver Gestaltung werden, setzte es aber auch neuen Gefährdungen aus.

Dies betrifft vor allem das *Geschlechterverhältnis*. Denn während die neuen Lebensbedingungen für den Familienvater die Trennung von Lebens- und Arbeitsstätte brachte, fanden sich Frauen weitgehend auf den häuslichen Raum beschränkt (wenn auch keineswegs schon als nichtberufstätige Hausfrau – das war ein Privileg bürgerlicher Schichten –, aber doch vorwiegend als Heimarbeiterin). Die einseitige Abhängigkeit vom Verdienst des Mannes war ein weiterer destabilisierender Faktor. Betrachtet man den „patriarchalischen Charakter“ der kirchlichen Familienverkündigung auf dem Hintergrund der konkreten gesellschaftlichen Lebens-

bedingungen des 19. Jahrhunderts, so läßt sich dieser auch als Mahnung an den Vater lesen, seine Verantwortung für die ihm anvertraute Familie denn auch wirklich wahrzunehmen. Wer heute erlebt, in welcher Weise Männer in den Slums von Entwicklungsländern zum täglichen Überlebenskampf ihrer Familien „beitragen“ (vgl. dazu auch die instruktive Studie des Kolpingwerkes, Familie und Entwicklung. Die Bedeutung der Familie in der Entwicklungszusammenarbeit, Schriftenreihe des Kolpingwerkes 20, Köln 1994), der vermag sich das Anwendungsfeld kirchlicher Familienpastoral im Deutschland des 19. Jahrhunderts lebhaft vorzustellen.

Schwerpunkte und Gestalt *pastoralen Engagements* der Kirche sind nur auf dem Hintergrund zeitgenössischer gesellschaftlicher Herausforderungen zu verstehen. Dieser einfache hermeneutische Schlüssel läßt eine zweite Phase kirchlichen Familienengagements – grob gesagt – nach dem Zweiten Weltkrieg ausmachen. In dieser Zeit rückt aufgrund der weiter fortschreitenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformationen zunehmend ins Bewußtsein, daß die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Industriegesellschaft langfristig auch die Kleinfamilie als dominante Lebensform bedrohen könnten. Der Siegeszug der bürgerlichen Kernfamilie als Lebensform in den 50er und 60er Jahren, der zeitweise – und erstmals in der Geschichte! – über 90 Prozent der Erwachsenenbevölkerung erfaßte, konnte hellsichtige Geister nicht davon abhalten, warnend auf diese Strukturprobleme hinzuweisen.

Resonanzen innerhalb der Kirchen gingen in unterschiedliche Richtungen. Allen gemeinsam aber war, daß sie die bis dahin vorherrschenden und auch weiterhin dominierenden pastoral-moraltheologischen durch eine genuin sozialetische, auf wirtschafts- bzw. gesellschaftspolitische *Strukturfragen* bezogene Perspektive flankierten. Eine eher konservative Richtung wandte sich – speziell in den 50er und frühen 60er Jahren – vor allem gegen die Müttererwerbstätigkeit. Wie Kritiker herausgearbeitet haben, ist die kirchliche Öffentlichkeitsarbeit dabei – eigentlich am Wohl des Kindes orientiert – z. T. über ihr Ziel hinausgeschossen, insbesondere dort, wo sie die wirtschaftliche Notlage z. B. Alleinerziehender nicht ausreichend berücksichtigt hat.

Das innerkirchliche Werben für die Bedeutung politisch-strukturellen Handelns in der Familienfrage ist dagegen in dieser Zeit mit Namen wie *Oswald von Nell-Breuning*, *Josef Höffner*, *Anton Rauscher*, *Wilfried Schreiber*, *Max Wingen* und anderen verbunden. Hinzu kamen Fachwissenschaftler wie *Heinz Lampert*, *Kurt Lüscher*, *Franz-Xaver Kaufmann* u. a. Sie alle mußten sich mit Positionen auseinandersetzen, die die Familie auch weiterhin als unerschütterliche Vorgabe der Gesellschaft und daher jeden „Eingriff“ der Politik als tendenziell gefährliche Bevormundung ansahen. Solche Positionen ließen – und lassen! – unberücksichtigt, daß auch familienpolitische Abstinenz eine bestimmte Art des Einflusses auf die Familie zementiert: in diesem Fall nämlich die „strukturelle Rücksichtslosigkeit“ (Kaufmann), die ein

marktwirtschaftlich organisierter Arbeitsmarkt und das am Lohneinkommen orientierte Sozialsystem der Familie gegenüber entfalten.

Diese Strukturprobleme unseres Gesellschaftssystems sind etwa durch die *Rentenreform* von 1957 verstärkt worden. Diese hat – gegen die Intention ihrer wissenschaftlichen Architekten – den klassischen Generationenvertrag unterhöhlt, indem sie die wirtschaftliche Last der Kindererziehung zwar weiterhin „privat“ den Familien überließ, die Alterssicherung aber von ihr entkoppelte und „sozialisierte“. „Rentenversicherung“ (und neuerdings „Pflegeversicherung“) sind heute zu gigantischen Umverteilungsmaschinen herangewachsen, die zwar vielen Menschen Solidarleistungen zuteil werden lassen, dies aber in hohem Maße an den Familien vorbei. Zahlreiche Beiträge haben in den vergangenen Monaten über diese Probleme berichtet. Dies soll hier nicht repetiert werden. Neuere Arbeiten (wie etwa die Streitschrift von *J. Borchert*, *Renten vor dem Absturz? Ist der Sozialstaat am Ende?* Frankfurt 1993) haben verstehen lassen, wie stark die Sorge um diese Entwicklungen das Lebenswerk etwa von *Oswald von Nell-Breuning* noch in seinen letzten Jahren bestimmt hat.

Familienpolitik in der Demokratie – die Grenzen ihrer Möglichkeiten

Obwohl die entscheidenden Probleme also bereits in den 50er Jahren lebhaft diskutiert worden sind, stellen sich 40 Jahre Familienpolitik in der Bundesrepublik unter wechselnden Regierungen als eine Geschichte verspäteter und nicht ausreichender Anpassungen dar. Dies wirft die Frage nach *tieferliegenden Ursachen* auf. Worin liegen die Grenzen der Familienpolitik in der Demokratie begründet?

Sie liegen zunächst bei den Betroffenen selbst. Denn die politisch-strukturelle Sicht widerspricht dem moralischen Selbstverständnis junger Eltern wie auch einem Teil der öffentlichen Diskussionen. Kaum jemand macht scheinbar die Entscheidung für oder gegen Kinder von finanziellen Überlegungen abhängig. Kinder zu haben ist für uns mehr denn je ein inkommensurabler „Wert in sich“ und zudem eine „ganz private“ Entscheidung, für die man dann auch keinen verantwortlich machen will/kann. Die Bereitschaft, sich dann für familienpolitische Veränderungen zu engagieren, also politisch „Druck“ zu machen, ist bei jungen Eltern demgemäß gering. Auch in der älteren Generation stoßen entsprechende Forderungen auf wenig Verständnis: Hat man dort doch selbst um der Familie willen auf alles verzichtet und steht mithin verständnislos vor der „Anspruchshaltung“ der nachwachsenden Generation, insbesondere junger Frauen, die etwa auch nach der Geburt eines Kindes nicht auf ihren Beruf verzichten wollen.

Zusätzliche Gründe für die traditionelle „Mauerblümchenexistenz“ der Familienpolitik liegen in der Struktur, wie politische Entscheidungen in unserer Demokratie organisiert

sind. Die Kinder als eigentliche Adressaten jeder familienpolitischen Leistung sind bekanntlich nicht stimmberechtigt und damit auf die „moralische Fremdvertretung“ durch die Erwachsenen angewiesen. Damit aber ist es im politischen Geschäft, wo bekanntlich in der Währung handfester Interessen gezahlt wird, nicht allzu weit her. Auch die Eltern sind als Zielgruppe schlecht zu organisieren: Sie sind zu inhomogen und identifizieren sich meist auch nur für eine kurze Zeit über ihre Familieninteressen.

Schließlich hat die Familienpolitik mit beträchtlichen *finanziellen Asymmetrien* zu kämpfen. So sind die möglichen Vorteile, die der einzelnen Familie durch staatliche Unterstützungsleistungen winken, netto denkbar gering. Der „Selbstfinanzierungsanteil“ höherer Steuern und Abgaben, die die meist berufstätigen Eltern tragen, frißt den größten Teil der staatlichen Familienförderung. Für die Erhöhung des Kindergeldes im Jahressteuergesetz 1996 sind etwa für eine Durchschnittsfamilie Nettoentlastungen von unter 10 DM monatlich errechnet worden. Dafür geht niemand auf die Straße. Andererseits kosten aber solche Maßnahmen den Staatshaushalt Milliarden, die politisch mühevoll aufgebracht werden müssen. Fazit: Mit Familienpolitik sind in unserer Demokratie keine Wahlen zu gewinnen. Der Anreiz für Politiker, sich auf diesem Feld zu profilieren und der wohlfeilen „Familienrhetorik“ (*Kurt Lüscher*) teure Taten folgen zu lassen, ist dementsprechend gering. Die wenigen Impulse der letzten Jahre gingen denn auch meist vom Bundesverfassungsgericht aus.

Ist also die familienpolitische Handlungsbereitschaft unserer Gesellschaft aus verschiedenen Gründen gering, sind es dann vielleicht auch die Probleme? Dem ist leider nicht so. Der ökonomische Druck mag von jungen Eltern nicht in Zusammenhang mit ihrer Kinderentscheidung gebracht werden – er ist dennoch erheblich und bedroht das Gelingen familiärer Lebensformen in zunehmendem Maße. Dazu nur einige Stichworte: Die enorme Steigerung des Lebensstandards in den letzten Dekaden ist durchgängig mit der Aktivität auf den Arbeitsmärkten verbunden. Gerade dort haben wir ihn aber durch eine erheblich gewachsene Unsicherheit des Arbeitsplatzes erkaufte. Im Kontext internationalen Wettbewerbs ist der Qualifizierungsdruck, der auf dem/der einzelnen lastet, extrem angestiegen. Wer nicht mithält, fällt heraus und findet weit schlechter neuen Anschluß als früher.

Wichtiger noch als finanzielle Überlegungen wird dann die Frage: Wer kann seine Qualifikation fortsetzen und wer „verzichtet“ wie lange zugunsten der Familie? Solche Fragen können meist nicht ein für allemal entschieden, sondern müssen – angesichts wechselnder Umstände – ständig neu „ausgehandelt“ werden. Hier taucht ein wichtiger Einwand gegen das zitierte Argument der älteren Generation auf: Nicht Familie selbst hat sich verändert, aber ihr gesellschaftliches Umfeld. Wer heute ja zu Kindern sagt, folgt nicht mehr selbstverständlichen und allgemein befolgten Regeln, sondern sieht sich durch diese bewußte Entscheidung im Vergleich zu kinderlosen Altersgenossen in vielfältiger Weise benachteiligt.

Dabei geht es nicht nur um Karriere und Bankkonto; in unserer Marktwirtschaft sind sehr viele Optionen an Teilnahme am Arbeitsmarkt und entsprechende Einkommensmöglichkeiten geknüpft: von lebenswertem Wohnraum über geeignetes Kinderspielzeug bis hin zu Erholungsmöglichkeiten und sozialer Sicherheit. Fehlen solche Elemente oder sind sie nur unter erheblicher Mehrarbeit – und damit neuem Streß – erreichbar, dann legt sich das schleichend, aber bleischwer auf die Zufriedenheit auch innerhalb der Familie. Hinzu kommt ein weiteres: Die zunehmende „Rationalisierung“ unseres Lebensraumes ist in vieler Hinsicht nützlich, läßt aber zugleich die kindliche „Irrationalität“ mehr und mehr zum gefährlichen und gefährdeten Phänomen werden: Ein zusätzlicher Belastungsfaktor für Eltern. Wo aber junge Familien ihre Lebensumstände nur unter Streß und hohen Belastungen zu meistern vermögen, da werden sich andere – abwartend-beobachtende Freunde und Bekannte – auf das „Experiment Familie“ gar nicht erst einlassen. Das in der Literatur gängige Wort vom „Erstkindshock“, der ehemals umfängliche Familienpläne deutlich schrumpfen läßt, deutet ebenfalls in diese Richtung.

Ein wirksamer Bedingungswandel ist an der Zeit

Mit solchen Diagnosen soll die Familie nicht zum Problemfall gestempelt werden. Doch es läßt sich m. E. nicht mehr ernsthaft daran zweifeln, daß der in Deutschland feststellbare anhaltende Geburtenrückgang nicht auf Anspruchshaltung und Egoismus der heutigen Eltern, sondern vor allem auf strukturelle Veränderungen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens zurückzuführen ist. Der Altmeister der deutschen Familiensoziologie, Franz-Xaver Kaufmann, hat die Diskussion hier nachhaltig durch sein Wort von der „strukturellen Rücksichtslosigkeit“ der Gesellschaft gegenüber Familien geprägt: Nicht bewußte Ausbeutung, sondern nichtintendierte Nebenwirkungen bestimmter wirtschaftlicher bzw. gesellschaftlicher Entwicklungen bedrohen den familialen Zusammenhalt. Mehr als in anderen Bereichen ist mithin nicht primär Gesinnungswandel, sondern wirksamer Bedingungswandel für familiäre Existenz gefordert (vgl. dazu auch wieder *F.-X. Kaufmann*, *Zukunft der Familie im vereinten Deutschland*. Gesellschaftliche und politische Bedingungen, München 1995).

Inwiefern bezeichnet die skizzierte „post-moderne“ Situation wiederum einen neuen „Kairos“ kirchlichen Familienengagements? Das Ziel dieses Engagements bleibt dasselbe: Gelingen menschlichen Lebens zu erleichtern, Räume für Intimität, Verbindlichkeit, Zuwendung, Begegnung und natürlich: Weitergabe des Glaubens zu sichern – auch und gerade im Kontext großer anonymer Marktgesellschaften. Solche Räume – so beginnen mittlerweile auch die Sozialwissenschaften zu verstehen – stellen einen unverzichtbaren Bestandteil des „Sozialvermögens“ („social capital“) einer Gesellschaft dar, ohne das auch ihre sozialen und wirtschaft-

lichen Entwicklungsmöglichkeiten Schaden leiden. Für die „Menschwerdung“ des einzelnen aber sind es geradezu existentiell bedeutsame Entfaltungsfelder. Bleibt also das Ziel identisch, so müssen die Mittel kirchlichen Familienengagements vielfältiger, flexibler, „subsidiärer“ werden.

Denn vielfältig wie die Lebenssituationen sind auch die Probleme junger Familien heute. In dieser Situation dürfen sie nicht nur zu Adressaten, sie müssen auch zu Akteuren von familienorientiertem Engagement werden. Aufgrund der Vielzahl berufs-, orts-, lebenslagenbedingter Unterschiede familialer Lebenssituationen lassen sich nur noch schwer schematische Lösungen anbieten. So sind etwa manche Kindergärten aufgrund ihrer Öffnungszeiten für berufstätige Eltern schlicht nutzlos, während andere sich freuen, ihre Kinder schon bald wiederzusehen.

Familienorientierte Impulse sind auf allen politischen Ebenen zu geben. Denn viele für Familien wichtige Entscheidungen fallen nicht in Bonn, sondern vor Ort, meist auf kommunaler Ebene. Hier müßten die Belange von Familien und Kindern auch institutionell stärker repräsentiert werden – etwa durch Familienbeiräte. Diese würden mit (aufschiebendem) Vetorecht gegen solche Politikvorlagen ausgestattet, die Familienanliegen nicht oder zu wenig berücksichtigen. Ein solcher Vorschlag trägt dem Umstand Rechnung, daß es sich bei Familienorientierung um eine *Querschnittsaufgabe* handelt, die in der Systemlogik der Verkehrs-, Bildungs-, Finanzpolitik oder regionalen Struktur- und Stadtplanung oft unberücksichtigt bleibt. Wird hier eine kontinuierliche Interessenvertretung eingerichtet, so kann sich diese als „Familienanwalt“ zu einem festen Ansprechpartner in der Kommune entwickeln und zur Heranbildung einer „familienorientierten Kultur“ politischer Entscheidungen beitragen.

Auch institutionelle Veränderungen des Betreuungssektors sind geeignet, die Verhandlungsposition von Familien zu stärken. In manchen US-Kommunen hat man etwa Benutzungsrechte für Kinderbetreuungsleistungen an die Eltern verteilt, die diese nach eigenem Ermessen bei verschiedenen „Anbietern“ (Kindergärten, Tagesmütter, Selbsthilfeinitiativen) einlösen können. Auch sozial Schlechtergestellte erhalten so eine Marktmacht, die ihre Verhandlungssituation wesentlich verbessert – mit deutlichen Folgen auf Freundlichkeit und Flexibilität der Anbieter von Betreuungsleistungen gegenüber Elternwünschen.

Viele zentrale Anliegen problemorientierter Familienpolitik liegen im Bereich der *Arbeitsmärkte*. Unternehmen sind zudem meist immer noch Hochburgen der Trennung von „privaten“ und „dienstlichen“ Belangen. Familiale Verpflichtungen rangieren damit unter demselben Label wie Alkohol- oder Beziehungsprobleme: Man sieht dezent darüber hinweg, solange es nicht zu einer Verletzung der Dienstpflichten kommt. Solche Art der „Privatheit“ wird dann für Eltern schnell von einer Lust zur Last. Aber auch Unternehmen entdecken zunehmend, daß sich eine derartige Personalpolitik für sie keineswegs auszahlt: Sie verlieren z. B. hoch-

qualifizierte Kräfte, die mitunter aufgrund ihrer hohen „sozialen Kompetenz“ auch für Führungsaufgaben im Unternehmen geeignet wären. Eine Vielzahl von neuen Initiativen und Dienstleistungen hat sich in letzter Zeit auf diesem Feld formiert (vgl. dazu die Beiträge in *A. Habisch* [Hg.], Familienorientierte Unternehmensstrategie. Beiträge zu einem zukunftsorientierten Programm, München und Mering 1995). Wichtige Impulse gehen etwa von festen innerbetrieblichen Arbeitskreisen aus, die in ständigem Austausch mit dem Personalmanagement um familienorientierte Verbesserungen ringen. Sie bilden die Vorhut für einen familienorientierten Umbau unserer Arbeitsmarktinstitutionen.

Familienpastoral kann ein missionarisches Element der Kirche sein

Kirchliches Familienengagement als „subsidiäre Gesellschaftspolitik“: Träger solcher Aktivitäten werden etwa Verbände und Familienkreise sein, die ihre wertorientierten Gestaltungsvorschläge offensiv in kommunale oder betriebliche Diskussionen einbringen. Sie werden sich dabei sicher über Mitstreiter keine Sorgen zu machen brauchen – allerdings nur, wenn sie sich gegen jede Art des begütigenden Paternalismus abgrenzen und die Betroffenen selbst ihre Ziele und Probleme formulieren lassen. Aber auch die klassische Familienpastoral und -paränese hat ihre bleibende Funktion dort, wo es ihr gelingt, Familie als uralte christliche „Figur des Lebens“ (Hünemann) überzeugend zur Sprache zu bringen. Müssen die individuellen und kollektiven Bedingungen heute mehr denn je „erkämpft“ werden, so hat doch die Familie selbst nichts von ihrer Faszination verloren – vor allem dort, wo Kinder geboren werden (über 80 Prozent wachsen in vollständigen Familien auf, wenn auch nicht immer mit ihren leiblichen Eltern). Und auch diejenigen, deren Beziehung zerbrochen ist, erleben die Trennung meist als Scheitern und Zerstörung ihrer Lebenspläne.

Zu fast allen Lebensvollzügen wird heute eine eigene „Wissensschaft“ kreiert, werden Kurse, Bücher und Beratung angeboten. Die Bewältigung familialer Alltagsprobleme wie etwa die Gestaltung „beziehungsreichen Lebens“ innerhalb und außerhalb der Familie wird dagegen als selbstverständlich vorausgesetzt. Viele erfahren sich aber heute nach dem Verlust von Traditionen gerade in dieser Gestaltungsaufgabe als überfordert. In diesem Bereich der Alltagsspiritualität hält die christliche Tradition nun sehr wohl ein jahrhundertaltes Lebenswissen bereit, das auch für das 21. Jahrhundert nichts an Faszination und Gültigkeit verloren hat. Mehr als in früheren Zeiten wird dabei heute auch der Kirche selbst bewußt, daß in der Familie letztlich dieselben Grundvollzüge christlichen Lebens über Ge- und Mißlingen menschlicher Beziehung entscheiden wie in Kirche und Gesellschaft. Familie wird als Bewährungsfeld trinitarischen Lebens, des Beziehungsreichtums von Geben und Nehmen erkannt. Familienpastoral kann dabei – bei aller nötigen

Sensibilität für Erfahrungen des Scheiterns – zu einem „missionarischen Element“ der Kirche werden. Die vorliegenden Dokumente des Lehramtes jedenfalls weisen in diese Richtung.

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert stehen wir vor neuen Herausforderungen, für deren Bewältigung es nur bedingt historische Vorbilder gibt. Das Problemfeld „Zukunft der Familie in unseren hochentwickelten Gesellschaften“ um-

schreibt mit all dem, was gesellschaftspolitisch damit zusammenhängt, fraglos eine solche Herausforderung. Die Kirchen sind gerade in diesem Feld gefordert, Altes und Neues, ein durch die Jahrhunderte geronnenes Lebenswissen und innovative institutionelle Gestaltungsvorschläge offensiv in die gesellschaftlichen Diskussionen hineinzutragen, wenn denn – heute mehr als früher – die Familie als Weg der Kirche gelten können soll.

André Habisch

„Für ein wahrhaft freies Europa“

Das gemeinsame Wort der polnischen und deutschen Bischöfe

Vom 12. bis 14. Dezember 1995 fand in Warschau ein deutsch-polnisches Bischofstreffen statt. Anlaß der Begegnung war der dreißigste Jahrestag des Briefwechsels der deutschen und polnischen Bischöfe am Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils. Während des Treffens in Warschau wurde ein gemeinsames Wort der beiden Episkopate veröffentlicht, während noch vor einem Jahr zum 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz zwei getrennte Bischofsworte auf deutscher und polnischer Seite erschienen (vgl. HK, März 1995, 133 ff.). Wir dokumentieren das gemeinsame Wort im Wortlaut.

Dialog, Versöhnung und Brüderlichkeit

1. Vor 30 Jahren, am Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils, richteten die polnischen Bischöfe ein Wort an die deutschen Bischöfe, in dem sie nach den bitteren Erfahrungen des Krieges zu Dialog, Versöhnung und Brüderlichkeit aufgerufen haben. Obwohl selbst Opfer des Krieges, schrieben sie: „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung.“ Im Abstand von 30 Jahren erkennen wir die geradezu prophetische Bedeutung dieser Geste. „Mit brüderlicher Ehrfurcht“ ergriffen die deutschen Bischöfe die dargebotenen Hände und baten Gott, „daß niemals wieder der Ungeist des Hasses unsere Hände trenne“.

2. Leider konnten die deutschen Bischöfe wegen der damaligen politischen Verhältnisse die im Brief der polnischen Bischöfe ausgesprochene Einladung zur 1000-Jahr-Feier der Christianisierung Polens nicht wahrnehmen. Das für die gesamte europäische Geschichte wichtige Millennium mußte damals nicht nur ohne die Teilnahme der deutschen Bischöfe, sondern auch in Abwesenheit von Papst Paul VI. gefeiert werden. Doch trotz der politischen Trennung wurden auch in dieser schweren Zeit die Kontakte nicht völlig abgebrochen und die christlichen Beziehungen weiter gepflegt. Auf diese Weise haben die Kirchen den Weg zur Versöhnung gebahnt und wesentlich dazu beigetragen, die Mauer der Feindschaft zu durchbrechen, die der Zweite Weltkrieg und seine Folgen zwischen unseren beiden Völkern aufgerichtet haben. Als Christen versuchten wir, das von Gott erhaltene Geschenk der Versöhnung weiterzuge-

ben und die Vater-unser-Bitte zu verwirklichen „Vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern“.

3. Die Geste der Versöhnung, der fortgesetzte Dialog und der Aufbau der Brüderlichkeit dienten auch dem Frieden zwischen unseren beiden Völkern. Die Versöhnungsgeste des polnischen Episkopats gegenüber den Deutschen hat eine gewaltige Verleumdungskampagne gegen die Kirche seitens der kommunistischen Regierung ausgelöst. Dies hat jedoch den Prozeß fortschreitender Versöhnung, des Dialogs und des Aufbaus der Brüderlichkeit nicht verhindern können. Der Briefwechsel von 1965 wurde so zum Beginn eines gemeinsamen Weges, in dessen Konsequenz sich das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland immer mehr verändert hat.

4. Aus christlicher Verantwortung handelnde Menschen beider Völker haben dazu einen ausschlaggebenden Beitrag geleistet. Schon früh haben Bischöfe und Gruppen engagierter Christen aus Polen und dem geteilten Deutschland – über die Grenzen zwischen den Konfessionen hinweg – das Gespräch miteinander gesucht. Engagierte Priester begegneten sich diesseits und jenseits von Oder und Neiße und schufen erste Kontakte zwischen ihren Gemeinden. Am 13. September 1980 haben die beiden Episkopate unter dem Vorsitz der Kardinäle Wyszyński und Höffner in Auschwitz ein Bittgesuch beim Hl. Stuhl für die Heiligsprechung von Pater Maximilian Kolbe als Märtyrer unterzeichnet. Auch die katholischen Laien aus beiden Ländern, die in Gesellschaft und Politik Verantwortung trugen, bemühten sich über viele Jahre um Entwürfe für die gemeinsame Zukunft in Europa.